

EURAG INFORMATION



European Federation of Older Persons
Fédération Européenne des Personnes Agées
Bund der älteren Generation Europas
Federazione Europea delle Persone Anziane

Nr. 5-6/ 2006



GRAZ, Messezentrum

RECHTE von alten und behinderten Menschen EU-Konferenz verabschiedet DEKLARATION VON GRAZ

Im Rahmen und im Auftrag der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft organisierten europäische Netzwerke und österreichische Dachverbände von 8.-9. Juni in Graz eine internationale Konferenz zum Thema „Alter und Behinderung“.

Großer Erfolg für EASPD, für Die Steirische Behindertenhilfe und für die EURAG

Franz Wolfmayr, Vizepräsident des Europäischen Netzwerks EASPD: „Die Konferenz war in jeder Hinsicht ein Erfolg: wir hatten an die 400 TeilnehmerInnen, davon mehr als die Hälfte aus ganz Europa (30 Europäische Staaten). Dass erstmals Europäische Dachverbände aus dem Behindertensektor und dem Altensektor zusammen gearbeitet haben, zeigt die Bedeutung der Thematik. Insbesondere die Vertretungen der Europäischen Kommission und der teilnehmenden Regierungen machten deutlich, dass sie sich an der verabschiedeten Deklaration von Graz

orientieren wollen“. Die Steirische Behindertenhilfe war mit einem kleinen Team für die organisatorische Abwicklung zuständig und hat die Konferenz hervorragend vorbereitet.

In dieser Ausgabe:	Seite
Konferenz Altern und Behinderung	1
EU Kommissar Spidla: Rede in Berlin	3
Platform of European Social NGOs	4
EU	5
Aktivitäten der EURAG-Mitglieder	8
Länderberichte	11
Publikationen	12
Veranstaltungskalender	12

Impressum

Redaktion:

Dr. Ulla Herfort-Wörndle
Mag. Gerhard Teissl
Mag. Andrea Wolf
DDolm. Ingrid Andersons

Herausgeber: EURAG (Bund der älteren Generation Europas)

Generalsekretariat,
Wielandgasse 9, A-8010 Graz
Tel. +43 316 81 46 08
Fax +43 316 81 46 08
<http://www.eurag-europe.org>
e-mail: office@eurag-europe.org

EURAG-Geschäftsführer Gerhard Teissl organisierte den Workshop „Assistive Technologies“, in dem Dr. Gesa Hansen (Europäische Kommission, GD Forschung), Paul Panek (TU Wien) und Christian Dayé (EURAG – FRR Projekt) Beiträge präsentierten. Beiträge und Ergebnisse der Diskussionen werden auf der Konferenz-Website erhältlich sein. (www.ageing-and-disability.com)

„Heutige und zukünftige Europäische Gesellschaften sind durch einen rapide steigenden Anteil an alten Menschen gekennzeichnet. Gleichzeitig ist seit einigen Jahrzehnten quer durch Europa ein anhaltender Rückgang in den Geburtenraten zu beobachten. Europa steht somit vor ökonomisch-finanziellen Herausforderungen!“ betonte Univ.-Prof. Dr. Germain Weber, Präsident der Lebenshilfe Österreich, bei der Präsentation der Deklaration von Graz. „Bringen wir Finanzmittel für Unterstützungs- und Pflegeleistungen für ältere und/ oder behinderte Menschen überhaupt noch auf und können wir vertraute Pensionssysteme in diesem Szenario noch länger halten? Eine bisher nicht berücksichtigte Altengruppe stellen Menschen mit lebenslangen Behinderungen und Menschen mit

intellektueller Behinderung dar“, erläuterte Weber die Problemstellung.

Der Handlungsbedarf ist groß!

In den nächsten Jahren werden 15 Millionen ältere Menschen in Europa behindert und 10 Millionen behinderte Personen alt werden. Sie alle benötigen Unterstützung in Form von Dienstleistung.

Wie es *Mr. James Churchill (UK)* in seinem Vortrag formulierte: Es gibt eine schlechte Nachricht: „Wir alle werden alt und haben große Chancen, mit einer Behinderung zu leben. Es gibt aber auch eine gute Nachricht: „Dieser Prozess vollzieht sich für die meisten unter uns langsam. Wir können uns darauf vorbereiten“.

Dass wir uns darauf vorbereiten müssen, machte Franz Wolfmayr in seinem Einleitungsstatement klar: „Wir müssen uns heute die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir im Alter leben können, wie wir es möchten. Dann ist es zu spät und wir sind möglicherweise abhängig.“

Der Anteil des Bruttonationalprodukts der für Pflege in den Europäischen Staaten aufgewendet werden muss, wird sich in den Europäischen Staaten bis 2050 von derzeit etwa 1,6% auf etwa 3,8% verdoppeln (Raphael Wittenberg, London School of Economics - UK).

Deklaration von Graz

Europa steht im Bezug auf die Thematik „Alter und Behinderung“ erst am Anfang eines Lernprozesses und setzt heute mit Verabschiedung der Deklaration von Graz einen ersten wichtigen Schritt in eine Richtung, die für eine europäische Zukunft wegweisend sein soll.

Die Deklaration von Graz soll in allen Europäischen Staaten in den Parla-

menten als Deklaration beschlossen werden. Für die Steiermark hat LH Stv. Dr. Kurt Flecker in seinem Schluss Statement zugesagt, dass er sich an dieser Deklaration orientieren möchte.

Auszüge aus der Deklaration von Graz

"Alle alten Menschen mit Behinderung sowie behinderte Personen, die alt werden, sind gleichberechtigte europäische Bürger, die mit Rechten ausgestattet sind.

Das hohe Risiko unterschiedlicher Arten von Diskriminierung (vor allem im Zusammenhang mit institutionellen Rahmenbedingungen) wie Vernachlässigung, Verarmung, Vereinsamung oder Missbrauch von alten Menschen mit Behinderung sowie von Personen mit intellektueller Behinderung, die alt werden, muss beseitigt werden.

Soziale Inklusion und Partizipation sollen verstärkt unterstützt werden. Dazu gehört auch die Zugänglichkeit von Informations- und Kommunika-

tionstechnologien. Auch Zugänglichkeiten zur Gesundheit und sozialen Dienstleistungen sollen verbessert werden.

Schlüsselemente sind in jedem Falle Autonomie und freie Wahlmöglichkeiten. Pflegende oder assistierende Angehörige, die bisher noch ein Schattendasein hegen, sollen verstärkt Rechte bekommen (zum Beispiel das Recht auf Weiterbildung)."

Die vollständige Version der Deklaration von Graz ist ab Juli 2006 in unterschiedlichen europäischen Sprachen auf der Kongresshomepage abrufbar: www.ageing-and-disability.com

Um einen möglichst barrierefreien Informationszugang anzubieten, wird die Deklaration auch in eine LEICHTER LESEN - Version übersetzt

Konferenz-Website:

<http://www.ageing-and-disability.com/>

EUROPÄISCHE UNION

Das europäische Sozialmodell: Wunschenken oder Realität?

(Auszüge der Rede von Vladimír Špidla, Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, vor der europäischen Akademie Berlin am 11. Mai 2006)

Zunächst einmal gilt es festzustellen, dass seit den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden im vergangenen Jahr soziale Fragen wieder verstärkt auf höchster europäischer Ebene diskutiert werden. Beim Frühjahrsgipfel im März haben die Staats- und Regierungschefs unterstrichen, dass „das europäische Sozialmodell gewahrt

bleiben“ muss. Es scheint also Realität zu sein, das europäische Sozialmodell - denn nur was existiert, kann man erhalten.

Wir verteidigen in Europa den **universalen Zugang zu den sozialen Systemen**. Es gilt das Prinzip der Chancengleichheit und der Nicht-Diskriminierung. Wohlgermerkt, der **Staat hat die Grundversorgung**

sicherzustellen. Private Einrichtungen können diese sinnvoll ergänzen.

Die Europäer werden immer älter; zugleich sinken die Geburtenraten in allen Mitgliedsstaaten. Dies wird sich auf unsere Renten- und Sozialsysteme, aber auch auf das Wachstumspotenzial unserer Volkswirtschaften auswirken. Das Sinken der Zahl arbeitsfähiger Menschen in Europa könnte bis 2040 zu einer Halbierung des heutigen wirtschaftlichen Wachstums auf etwa 1,25 % führen.

Mit Blick auf die Lücken in den Staatskassen, den demographischen Wandel und den harten globalen Wettbewerb werde ich oft gefragt, ob ich glaube, dass auch meine Kinder noch vom jetzigen Sozialmodell profitieren werden. Ich bin der Meinung: JA! Und zwar **nicht weniger, aber anders.**

Wir müssen die **Reform der nationalen Sozialschutzsysteme** konsequent

fortführen. Sie müssen einerseits angemessene Leistungen gewährleisten, andererseits finanziell tragfähig sein und aktivierende Impulse setzen. Konkret bedeutet dies zum Beispiel bei den **Renten**, Frühpensionen einzuschränken und das tatsächliche Renteneintrittsalter anzuheben.

Außerdem müssen wir die Systeme der **Gesundheitsversorgung und der Langzeitpflege** dem demographischen Wandel anpassen. Es geht darum, einen allgemeinen Zugang zu Gesundheitsversorgung und Pflege mit einer langfristigen Finanzierbarkeit zu vereinbaren.

Eine weitere wichtige Initiative ist die **Übertragbarkeit von Betriebsrenten.** Wir können nicht einerseits die Flexibilität und Mobilität von Arbeitnehmern verlangen und ihnen andererseits nicht gleichzeitig die vollen Rechte zugestehen, wenn sie den Arbeitsplatz wechseln.

(Quelle: <http://europa.eu>)

PLATTFORM DER EUROPÄISCHEN SOZIALEN NGOS

Treffen der Plattform der Europäischen Sozial-NGOS mit der Europäischen Kommission / Brüssel, 16.3.2006

Am 16. März fand in Brüssel das erste der beiden halbjährlichen Treffen der Europäischen Sozialplattform mit der Europäischen Kommission statt.

Vladimir Špidla, EU Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit berichtete über die aktuellen Schwerpunkte der Kommission, vor allem das kürzlich herausgegebene Grünbuch zum Demographischen Wandel.

Jerôme Vignon, Direktor, GD Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit erläuterte die Strategie der Kommission zum Thema Grünbuch. Er berichtete über den Konsultationsprozess zum Grünbuch „Demographischer Wandel und skizzierte die

künftige Strategie. Demnach plant die Kommission, ein Forum bestehend aus Experten einzurichten, die von den EU-Mitgliedsstaaten nominiert werden sollen.

J. Vignon präsentierte auch die Mitteilung der Europäischen Kommission betreffend Anhörung zu Maßnahmen auf EU-Ebene zur Förderung der aktiven Integration von arbeitsmarktfernen Personen:

Martin Kröger, Generalsekretariat der Europäischen Kommission, Unit B/2 präsentierte die Kommunikation zum Thema „Transparenz-Initiative“.

Gerhard Teissl vertrat die EURAG bei diesem Treffen in Brüssel.

GENERALVERSAMMLUNG der SOCIAL PLATFORM 27. März 2006, Brüssel

Die Generalversammlung der Mitglieder der europäischen Sozialplattform fand am 27. März 2006 in Brüssel statt.

Angesichts der neuen Herausforderungen, vor denen die sozialen NGOs in Europa stehen und nicht zuletzt die versuchte Änderung der Lissabon-Strategie im vergangenen Jahr hat die Social Platform ein konkretes Strategiepapier ausgearbeitet, aus dem ihre Werte, ihre Vision und vor allem ihre strategischen Ziele klar hervorgehen, um diese besser nach außen, d.h. an politische Entscheidungsträger in der Europäischen Union, aber auch nach

innen kommunizieren zu können. Wichtig ist auch, wie die gesetzten Ziele erreicht werden sollen.

Bei der Generalversammlung 2006 wurde der Strategieplan der Social Plattform für den Zeitraum 2006–2010 beschlossen. Dieser ist im EURAG Generalsekretariat erhältlich.

Im Anschluss an die Generalversammlung, bei der die EURAG durch Andrea Wolf vertreten war, fand eine Diskussion mit Nikolaus Van der Pas, dem neuen Generaldirektor für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit statt.

EUROPÄISCHE UNION

Kommission befasst sich mit den besonderen Merkmalen der Sozialdienstleistungen

Brüssel, 26. April 2006

Im Zuge der Modernisierung der Sozialdienstleistungen in vielen EU-Mitgliedstaaten, oft in Partnerschaft mit dem privaten Sektor und gemeinnützigen Organisationen, brauchen alle Beteiligten nun Klarheit hinsichtlich der Frage, welche Rolle das EU-Recht in dieser Situation spielt. Eine am 26. April verabschiedete Mitteilung der Europäischen Kommission befasst sich mit dieser Frage und dem raschen Wandel auf dem Gebiet der „Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse“. Die Mitteilung legt erstmals eine Aufstellung der besonderen Merkmale dieser Dienstleistungen vor und bietet eine Übersicht über die Unterstützung durch die verschiedenen Gemeinschaftsinstrumente. Auch wird ein Prozess umfassender Konsultation

eingeleitet, der allen Akteuren des Sektors, den Mitgliedstaaten, Sozialpartnern, NRO und Betreibern von Sozialdienstleistungen offen steht und durch den die Kommission die Besonderheiten dieser Dienstleistungen bei der Umsetzung des EU-Rechts besser berücksichtigen kann. Dabei gibt es Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, in einigen Fällen umfasst der Begriff auch die Bereiche Sozialwohnungen, Kinderbetreuung oder Dienstleistungen für bedürftige Familien und Personen.. Gesundheitsdienstleistungen werden jedoch nicht behandelt, da sie Gegenstand einer getrennten Initiative der Kommission sein werden.

In der EU entstehen immer neue und vielfältigere Sozialdienstleistungen, so dass ein zunehmender Teil dieses

Sektors mittlerweile unter das Binnenmarkt- und Wettbewerbsrecht der EU fällt. Bisher wurden diese Dienstleistungen direkt von Behörden verwaltet.

Die Botschaft: Sozialdienstleistungen weisen bestimmte Merkmale auf, die sie von anderen Dienstleistungen beispielsweise in den Bereichen Telekommunikation und Verkehr – unterscheiden. Zu den Besonderheiten zählt, dass diese Dienstleistungen personen-bezogen und unmittelbar auf die Ermöglichung des Zugangs zu sozialen Grundrechten und die Erreichung des sozialen Zusammenhalts ausgerichtet sind. Im Hinblick auf diese Ziele basieren die Sozialdienstleistungen auf dem Grundsatz der Solidarität und erfordern häufig die Mitarbeit Freiwilliger und den Einsatz von Organisationen ohne Erwerbszweck.

Sie müssen möglichst nahe am Nutzer gestaltet werden. Daraus ergibt sich die wichtige Rolle lokaler Behörden bei der Gestaltung, aber auch in der Frage, warum den Mitgliedstaaten die ausschließliche Zuständigkeit bei der Definition der Aufgaben und organisatorischen Aspekte verbleibt.

Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, erklärte, eine Klarstellung sei in diesem wichtigen Bereich unbedingt erforderlich. Wir sprechen hier über einen großen und dynamischen Sektor mit zahlreichen Beschäftigungsmöglichkeiten in den kommenden Jahren, ein wichtiges Element in der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der EU. Sozialdienstleistungen sind ein Schlüsselement des Europäischen Sozialmodells, daher ist es entscheidend, dass die Bedingungen auf EU-Ebene förderlich für eine

harmonische Entwicklung des Sektors sind.

Diese Mitteilung basiert auf dem Ausgleich zwischen sozialem Zusammenhalt und sozialer Offenheit einerseits und dem Grundsatz der Subsidiarität andererseits. In der Mitteilung werden Maßnahmen vorgeschlagen, „die die Berücksichtigung dieser Besonderheiten im EU-Rechtsrahmen gewährleisten sollen,“ so Špidla. Zahlreiche finanzielle und politische Initiativen der EU, so etwa der Sozialdialog, unterstützen bereits heute die Weiterentwicklung und Modernisierung der Sozialdienstleistungen.

Die durch diese Mitteilung erzielte Klärung wurde von vielen Akteuren gefordert, unter anderem von Mitgliedstaaten, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern des öffentlichen Dienstes sowie Nichtregierungsorganisationen; alle Beteiligten glauben, dass eine größere Klarheit die Modernisierung dieser Dienstleistungen fördert, ohne dass ein Widerspruch zum EU-Recht entsteht. Diese Erwartungen wurden anlässlich einer **Konferenz der Ratspräsidentschaft am 20. April in Wien** erneut zum Ausdruck gebracht. Die Kommission reagiert auf diese Forderungen sowie die Anregungen von Interessengruppen im Rahmen einer Konsultation, die sie für die Erstellung eines Grünbuchs durchführte. Sie fordert eine bessere Nutzung der Haushaltsmittel für die Sozialpolitik, um mehr Vielfalt und Qualität bei Dienstleistungen zu erreichen.

Weitere Informationen auf folgender Website:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/emplweb/news/news_en.cfm?id=153

Europäische Transparenzinitiative (ETI) – Grünbuch

Am 3. Mai hat die Europäische Kommission ein Grünbuch über die Europäische Transparenzinitiative (ETI) veröffentlicht, das drei wesentliche Aspekte umfasst: Die Lobbytätigkeit, das Feedback auf die von der Kommission vorgeschlagenen Mindeststandards für die Konsultation und die Veröffentlichung der Namen der Empfänger von EU-Geldern. Die Maßnahmen, die daraus abgeleitet werden, haben möglicherweise

direkten Einfluss auf die Beziehungen zwischen der Kommission und der Zivilgesellschaft.

Die Konsultation findet über folgende Internetseite statt:

<http://europa.eu.int/comm/eti/index.de.htm>.

Neben dem Grünbuch finden Sie dort Hintergrundinformationen und die Beiträge anderer Teilnehmer.

Entschließung des Europäischen Parlaments zu den demografischen Herausforderungen und der Solidarität zwischen den Generationen ([2005/2147\(INI\)](#)) - AUSZUG

Das Europäische Parlament,

– in Kenntnis der Mitteilung der Kommission "Grünbuch: „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen" ([KOM\(2005\)0094](#)),

1. begrüßt die Mitteilung der Kommission "Grünbuch: „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen" (im Folgenden: Grünbuch);

2. begrüßt es, dass die Kommission mit der Vorlage des Grünbuchs auf europäischer Ebene zu einer der zentralen Herausforderungen für Politik und Gesellschaft Stellung bezieht; unterstreicht gleichzeitig, dass zahlreiche Fragen des demografischen Wandels der Gesellschaft in die alleinige Kompetenz der Mitgliedstaaten fallen, so dass keine generellen Gemeinschaftskompetenzen für europäische Regelungen in diesem Bereich bestehen;

42. fordert die Mitgliedstaaten auf, besonders älteren Arbeitnehmern die Chance zu geben, berufliche Fortbildungsprogramme zu nutzen, um sicherzustellen, dass sie bis zum Rentenalter aktiv am Arbeitsleben beteiligt werden; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, die operationellen Programme für den Europäischen Sozialfonds nur dann zu genehmigen, wenn sie einen Schwerpunkt zu Weiterbildungsmaßnahmen für ältere Menschen beinhalten;

43. spricht sich für den Abschluss von Partnerschaften zwischen Regierungen und Sozialpartnern in Übereinstimmung mit nationalen Gepflogenheiten und Praktiken aus, um die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu fördern, und zwar durch Maßnahmen gegen Diskriminierung aufgrund des Alters, für flexiblere Arbeitszeit und für die Wiedereingliederung arbeitsloser älterer Arbeitnehmer;

45. verweist darauf, dass die EU-Rechtsvorschriften über die altersbedingte Diskriminierung bisher unwirksam im Hinblick auf die Erreichung ihrer Ziele sind, und fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen zur Umsetzung bestehender EU-Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Diskriminierung in diesem Bereich zu verstärken, insbesondere der Richtlinie 2000/78/EG über die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf;

53. ist der Auffassung, dass die Gruppe sehr alter Menschen (Menschen über 80 Jahren) besondere Aufmerksamkeit verdient, wobei 25% dieser Menschen nicht selbst für sich sorgen können, und fordert die Kommission auf, einen Vorschlag zu unterbreiten, der darauf

abzielt, diese Zahl durch kollektive und individuelle Präventionsmaßnahmen zu verringern, und der das Thema der staatlichen sozialen Sicherungssysteme und der Gesundheits- und Sozialdienste für Menschen, die nicht mehr für sich selbst sorgen können, angeht;

61. bedauert, dass der Begriff "aktives Altern" in der Lissabonner Strategie fast ausschließlich in Bezug auf bezahlte Beschäftigung definiert ist, während das Konzept dahingegen auch im weiteren Sinne auf unbezahlte Tätigkeiten in Organisationen der Zivilgesellschaft, politischen Organisationen oder anderen Freiwilligenorganisationen angewandt werden sollte;

79. stellt fest, dass infolge des demografischen Wandels die Pflege- und Betreuungsdienste in den Mitgliedstaaten gesichert werden müssen, und fordert den verstärkten Austausch von guten Praktiken in diesem Bereich; fordert, dass die Pflege- und Betreuungsdienste als Dienstleistungen der Daseinsvorsorge geschützt werden, und fordert daher die Kommission auf, diesen Schutz im Grünbuch zu den sozialen Dienstleistungen zu verankern;

Zugang zur Resolution: www.europarl.eu.int ,

AKTIVITÄTEN DER EURAG-MITGLIEDER

ÖSTERREICH: EURAG-Mitglied *Miteinander leben* macht selbstbestimmtes Wohnen trotz Beeinträchtigungen möglich

Die „**Miteinander leben GmbH**“ wurde im Jahr 2000 gegründet. Am Anfang stand die Vision, zuerst in Graz, dann in der gesamten Steiermark klein strukturierte Wohn- und Betreuungsformen für ältere Menschen mit Unterstützungsbedarf zu schaffen—mit dem Vorteil, dass hier besser auf die Bedürfnisse des Einzelnen eingegangen werden kann. Auf diese Weise kann ein gutes Verhältnis zwischen selbst bestimmter Lebensführung und Unterstützung erzielt werden.

So entstanden heuer in Mooskirchen bei Graz wieder 10 neue behindertengerechte, betreute Seniorenwohnungen, die von den BewohnerInnen selbst eingerichtet werden können. In der Miete sind bereits bestimmte Dienstleistungen enthalten, wobei zwischen einer intensiven und einer weniger intensiven Betreuung gewählt werden kann. Das gesamte Haus wurde barrierefrei errichtet und ausgestattet. Die Wohnungen werden übrigens nicht nur an Alleinstehende, sondern auch an Ehepaare vermietet.

Betreute Senioren- Wohngemeinschaften

Ein ausgewogenes Verhältnis an Hilfe und Eigenständigkeit bieten die betreuten Senioren-Wohngemeinschaften. Diese Wohnform bietet die Möglichkeit in einer Gemeinschaft zu leben und Unterstützung zu erhalten, lässt aber dennoch genug Spielraum für eine persönliche Lebensgestaltung.

Die „**Miteinander leben GmbH**“ ist seit 2004 Mitgliedsorganisation der EURAG.

Kontakt und nähere Informationen:

Elke Merl, Geschäftsführerin
Diakonie Österreich
Miteinander leben GmbH
Lagergasse 12 , A-8020 Graz
Tel.: +43 316 / 72 32 33
Fax.: +43 316 / 72 32 33 20
Email: office@miteinander-leben.at
Website: <http://web11.emu-media.at/>

Einbindung statt Isolation

Förderung von Innovation zur stärkeren Einbindung älterer Menschen in das Gemeinschaftsleben

Ein EU-Projekt in Hessen und fünf weiteren europäischen Modell-Regionen

In naher Zukunft stehen bedeutende gesellschaftliche Veränderungen bevor, denn die Bevölkerung Europas altert, Migrationsbewegungen nehmen zu und die Folgen der Veränderung familiärer Strukturen werden sich beschleunigen. Der beispiellose Anstieg des Anteils alter und sehr alter Menschen an der Bevölkerung erhöht deren Risiko der Isolation.

Zahlreiche Selbsthilfe- und Freiwilligeninitiativen im Bereich der Gemeinwesenarbeit unterstützen bereits die Einbindung sozial ausgegrenzter älterer Männer und Frauen ins Gemeinschaftsleben. Es müssen jedoch auch Wege gefunden werden, um die Leistungen professioneller Anbieter von Pflege- und Gesundheitsdiensten mit den bestehenden Strukturen der Selbsthilfe und Freiwilligenarbeit zu koordinieren, so dass alle beteiligten Parteien ihre jeweiligen Stärken zum Wohl der von Ausgrenzung und Isolation betroffenen oder bedrohten älteren Menschen verbessern können. Hierzu ist es erforderlich auf regionaler und lokaler Ebene entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Das Projekt will mit dem fachlichen Austausch auf europäischer Ebene Erfahrungen sammeln und gute Ansätze fördern.

Das i2i-Projekt

Das i2i-Projekt wird seit September 2005 im Rahmen des Zweiten Transnationalen Austauschprogramms der Europäischen Kommission, 2006-2007 (Generaldirektion Beschäftigung,

Soziales und Chancengleichheit) gefördert. Die Umsetzung und Gesamtkoordination liegt bei der Hessischen Staatskanzlei. Ziel ist es, Maßnahmen zur Re-Integration älterer, von sozialer Ausgrenzung betroffener oder bedrohter Männer und Frauen zu fördern.

In jedem beteiligten Land arbeiten hierfür auf regionaler Ebene eine Regierung und eine externe Beratungsorganisation zusammen. Durch die Kombination von politischem Einfluss, Expertenwissen und direkter Verbindung zur Praxis sollen die Chancen für eine erfolgreiche Umsetzung sozialpolitischer Maßnahmen zum Wohle isolierter alter Menschen erhöht werden.

Österreich: SeniorInnenbüro/ Stadtverwaltung Graz und Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz in Kooperation mit queraum, Wien. Projektregion: Stadt Graz

Tschechische Republik: Ministerium für Arbeit und Soziales in Kooperation mit Zivot 90, Prag. Projektregion: Hradec Kralove

Deutschland: Land Hessen in Kooperation mit Institut für Soziale Infrastruktur, Frankfurt am Main. Projektregion: Stadt Wetzlar und Rhein-Main-Gebiet

Italien: Landesregierung Emilia-Romagna in Kooperation mit Lunaria, Rom. Projektregion: Emilia Romagna

Litauen: Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Arbeit in Kooperation mit Pagyvenusios moters veiklos centras, Kaunas. Projektregion: Kaunas und Vilnius

Vereinigtes Königreich: Ministerium für Arbeit und Renten in Kooperation mit Experience Corps, London. Projektregion: Stadt Bristol

Über die Projektregionen

Bei der Auswahl der europäischen Regionen wurde eine Vielzahl von Gesichtspunkten berücksichtigt. Alle Regionen sind, zumindest in einigen Teilen, von Problemen wie Armut, einem überdurchschnittlichen Anteil alter Menschen oder hohen Arbeitslosenraten betroffen. Grundsätzlicher Bedarf der Entwicklung einer sozialen Infrastruktur besteht besonders in den ländlichen Teilen von Projektregionen, wie etwa im Gebiet Hradec Kralove oder im Rhein-Main-Gebiet, aber auch im Zuge der Urbanisierung, wie etwa in den Bezirken Vilnius und Kaunas. Hinzu kommt, dass es in urbanen Gebieten, wie in Graz und Bristol, eine Vielzahl besonders benachteiligter alter Menschen gibt, wie ältere Angehörige ethnischer Minderheiten oder sehr alte, allein lebende Frauen.

Emilia Romagna ist die für die Arbeit mit den durch das i2i-Projekt angesprochenen Zielgruppen am stärksten entwickelte italienische Region.

Angestrebte Ergebnisse

Die Arbeit des Projekts konzentriert sich auf die Identifizierung und Verbesserung von Maßnahmen, die es Gruppen mit mehrfachen Risiken der sozialen Ausgrenzung ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Große Bedeutung wird dem bürgerschaftlichen Engagement und insbesondere der Stärkung von Initiativen von älteren Menschen für ältere Menschen beigemessen. Das Projekt wird folgende Ergebnisse haben:

Ein “Innovations-Inventar” mit guten Ideen und Praktiken zur Teilhabe älterer Menschen mit einem hohen Risiko der sozialen Ausgrenzung. Das “Innovations-Inventar” wird auf der Projekt-Website veröffentlicht, um das Bewusstsein und die Unterstützung von Initiativen in ganz Europa zu fördern.

Regionale Aktionspläne zur Teilhabe und Re-Integration älterer Menschen ins gesellschaftliche Leben, die auf regionaler Ebene von Vertreterinnen und Vertretern der Zielgruppen und anderer relevanter Akteure (z.B. Bürgerinitiativen, politischen Entscheidungsträgern und Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO)) entwickelt wurden.

Richtlinien zur Entwicklung und Einführung der regionalen Aktionspläne, die auf der Projektwebsite veröffentlicht werden um zu illustrieren, wie bei der Erstellung eines solchen Aktionsplans mit spezifisch regionaler Ausrichtung verfahren werden kann.

Das i2i-Projekt wird auch in der Entwicklung Nationaler Aktionspläne (NAP) beratend tätig. Deshalb werden die Zuständigen für Nationale Aktionspläne ebenso wie Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission systematisch in die Arbeit des Projekts einbezogen.

Entwürfe für Regionale Aktionspläne werden im Sommer 2006 erarbeitet auf einer transnationalen Konferenz im Oktober 2006 vorgestellt und im Projektteam weiter entwickelt.

Die Datenbank des i2i-Projekts ist offen für Beispiele gelungener Praxis aus anderen Ländern und Regionen. Zur Veröffentlichung von Informationen über interessante Initiativen besuchen Sie bitte die Website:

<http://www.i2i-project.net>

ALBANIEN: Erfahrungsaustausch und Kooerationsprojekt mit EURAG-Mitglied in Tirana Bericht von Dr. Kiri Zallari

Unser EURAG-Mitglied in Albanien ermöglicht auch Erfahrungsaustausch mit den NGOs in Albanien. Ende 2005 etwa besuchte der Leiter der Polyklinik Polyger in Genf, Prof. Charles Henri-Rapin, Albanien, um einige Einrichtungen zu besichtigen und Erfahrungen auszutauschen. Ziel ist es, ein Kooperationsprogramm mit Albanien im Bereich der Geriatrie zu entwickeln. Dieses Programm soll folgende Bereiche umfassen:
Entwicklung eines Ausbildungsprogramms im Fachbereich Geriatrie für Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger.

Hilfe in der Neuorganisation der ambulanten Geriatrie in Tirana – in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium.

Auf dem Programm standen auch Besuche im Geriatriischen Zentrum in Tirana, und Prof. Rabin hielt Kurse für Ärzte, Krankenschwestern, Sozialarbeiter und andere Mitarbeiter in der Altenarbeit.

Anfang Dezember 2006 wird – mit Unterstützung von Prof. Rapin – ein Nationaler Kongress für Geriatrie und Gerontologie in Albanien organisiert.

*(Dr. Kiri Zallari, Mitglied des EURAG
Generalrats)*

LÄNDERBERICHTE

Anzahl der Alzheimer-Patienten könnte in den nächsten Jahren rasant ansteigen

Eine Studie, die für Alzheimer's Disease International durchgeführt wurde, zeigt, dass zur Zeit schätzungsweise 24,3 Millionen Menschen an Demenz leiden, jedes Jahr kommen 4,6 Millionen Neuerkrankungen hinzu. Bis zum Jahr 2040 könnte die Zahl der Alzheimer-Patienten auf 81,1 Millionen ansteigen. Zusätzlich geht aus der Studie hervor, dass die meisten Alzheimer-Patienten in Entwicklungsländern leben – 2001 betrug der Anteil 60%, bis zum Jahr 2040 sollen es sogar 71% sein. Außerdem wird die Anzahl der Demenzkranken in den Entwicklungsländern drei- bis viermal

schneller ansteigen als in den Industriestaaten. 2040 werden allein in China so viele Demenzkranke leben wie in allen Industriestaaten zusammen.

Laut Bericht erfordern diese Veränderungen grundsätzliche Vorbereitungen, vor allem müsse aber erst bei politischen Entscheidungsträgern, Medizinern und der Öffentlichkeit das notwendige Bewusstsein für dieses Problem geschaffen werden.

Weitere Informationen unter:

<http://www.alz.co.uk/media/nr051216.html>

*Quelle: Pressemitteilung, Alzheimer's
Disease International*

PUBLIKATIONEN

Zukunftsgestaltung in einer alternden Gesellschaft – Eine Herausforderung für alle Generationen

(Publikation der BAGSO)

Die BAGSO macht mit dieser Publikation detaillierte Vorschläge zur Umsetzung des Zweiten Weltaltenplanes in nationale Politik. Mitgewirkt haben Vertreterinnen und Vertreter von über 100 zivilgesellschaftlichen Organisationen, namhafte Wissenschaftler und nicht zuletzt eine große Zahl älterer Menschen. Die Empfehlungen, die sich an die Politik, aber auch an andere gesellschaftlich relevante Akteure, wie Tarifparteien oder Medien richten, haben vor allem eine

stärkere gesellschaftliche Einbeziehung der älteren Menschen zum Ziel. Themen sind: die Teilhabe älterer Menschen in der Arbeitswelt, das ehrenamtliche und politische Engagement älterer Menschen, Wohnen im Alter und Gestaltung des Wohnumfelds sowie die gesundheitliche und pflegerische Versorgung.

Die 128-seitige Broschüre ist gegen Zusendung einer Briefmarke im Wert von 85 Cent bei der BAGSO erhältlich: Eifelstraße 9, D-53119 Bonn, Tel.: 02 28 24 9993 0 Fax: 02 28 24 9993 20

E-mail: kontakt@bagso.de

VERANSTALTUNGSKALENDER

12.-14. Oktober 2006, Graz, Österreich

Kongress AKTIVES ALTER/N Vorstellung von EU geförderten Projekten

Ort: Graz, Meerscheinschlössl der Universität Graz, Mozartgasse 3, 8010 Graz

Organisatoren:

- EURAG, Wielandgasse 9, 8010 Graz, www.eurag-europe.org

- GEFAS Steiermark, Mozartgasse 14 a, 8010 Graz, www.seniorweb.at

- Compass, Flosslendstrasse 18, 8020 Graz, www.compass-org.at;

Kontakt: Dr. Heide Streicher, streicher@seniorweb.at, Tel. +43 664 9135401

5.-8. Oktober 2006, Strassburg, Frankreich:

15. Europäischer Workshop zu Freiwilligenarbeit

Der 15. Europäische Workshop zum Thema Freiwilligenarbeit: "Freiwilligendienst und europäische Bürgerschaft" wird vom 5.-8. Oktober in Strassburg stattfinden.

Das Netzwerk Volonteuropa besteht aus über 2000 Personen und Organisationen, deren Ziel die Förderung und Stärkung der Rolle des Freiwilligensektors in Europa ist. Die Teilnehmer können im Rahmen von Workshops, Präsentationen und Diskussionen Best Practices und Ideen austauschen, sowie bei formalen und informellen Sitzungen Kontakte knüpfen und neue Netzwerke aufbauen.

Nähere Informationen zur Veranstaltung sowie Hotelreservierung unter:

www.volonteuropa.uk

Nähere Informationen über Volonteuropa: Sandra Turner +44 (0) 20 7643 1327

email: europeanoffice@csv.org.uk